

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Frank Mentrup
 76124 Karlsruhe



27.01.2015

DOPPELHAUSHALT

2015/2016

Antrag zum Thema

Sachkostenausgleich für städtische Dienststellen

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶	▶				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2015	2016	2017	2018	2019
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input checked="" type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
Die im Haushaltsplanentwurf eingeplante Erhöhung der Sachkosten i.H.v. 2% für die städtischen Dienststellen wird zurückgenommen.					

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger



▶ Sachverhalt | Begründung

Im Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung ist eine Erhöhung der Sachkosten bei den städtischen Dienststellen von pauschal 2% eingeplant. Nach Auskunft der Stadtverwaltung seien diese im Rahmen der Budgetgespräche der Stadtkämmerei mit den städtischen Dienststellen aufgrund unterschiedlicher Sachaspekte in Teilen weiter angepasst worden. Insgesamt handelt es sich um einen zusätzlichen Aufwand von ca. 3,25 Millionen Euro jährlich.

Die beantragte Rücknahme der Sachkostenerhöhung für eine Beibehaltung des derzeitigen Sachkostenaufwands ist im Hinblick auf die allgemeine Kostensteigerung angemessen.

Unterzeichnet von:

Stadtrat Tilman Pfannkuch (CDU), Stadtrat Detlef Hofmann (CDU), Stadträtin Karin Wiedemann (CDU) sowie CDU-Gemeinderatsfraktion

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Frank Mentrup
 76124 Karlsruhe



27.01.2015

DOPPELHAUSHALT **2015/2016**

Antrag zum Thema

Globale Minderausgabe

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ verschiedene	▶ alle THH				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ Aufwendungen f. Sach- u. Dienstleistungen; sonstige ordentliche Aufwendungen					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2015	2016	2017	2018	2019
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Bitte aus Liste auswählen	-2.500.000	-2.500.000			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

**▶ Sachverhalt | Begründung**

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind im Haushaltsplan 2015/16 im Vergleich zum DHH 2013/2014 stark angestiegen. Angesichts der hohen Defizite in der Mittelfristigen Finanzplanung hält die GRÜNE Fraktion ein frühzeitiges Umsteuern für zwingend erforderlich. Es wird deshalb eine Globale Minderausgabe von 2,5 Mio./a beantragt, um einen Teil des eingeplanten Kostenanstiegs zu kompensieren.

Die Erwirtschaftung der Globalen Minderausgaben erfolgt durch summenproportionale Umlegung des Betrages auf die Teilhaushalte, gemessen an den Aufwendungen der Zeilen 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und 17 Sonstige ordentliche Aufwendungen. Von der Globalen Minderausgabe unberücksichtigt bleiben der Teilhaushalt 5000 (Soziales und Jugend), Transferleistungen und Gebührenhaushalte. Für die Umsetzung und detaillierte Ausgestaltung der Globalen Minderausgabe erarbeitet die Verwaltung einen Vorschlag, der in den zuständigen Gremien beraten wird.

Unterzeichnet von:

Bettina Lisbach und GRÜNEN-Fraktion